

UNGÜLTIG
- amtlich
- amtlich
- amtlich



S 17

177/2002
ausgeh.
08.2512
Eilt

Bundeskanzleramt
Posteingang AL 3
23. Aug. 2002

AC 3
Bide Inp. Uman U
für Aug 04

THEMA DES TAGES

Kassen im Milliardenloch

Von Andreas Hoffmann

Natürlich reden sie in der Bundesregierung nicht davon, zumindest nicht öffentlich. Aber sie denken daran, beinahe minütlich. Seit die Flut über Deutschland gekommen ist, sieht sich Rot-Grün im Aufwind. Der Kanzler profiliert sich als Macher, die Grünen entdecken wieder den Umweltschutz, und die Demoskopien sehen die Umfragergebnisse für Schröder und Co. steigen und steigen. Die freundliche Stimmung bei den Wählern dürfte aber bald einen Dämpfer erleiden. Anfang September präsentiert Gesundheitsministerin Ulla Schmidt die Halbjahresergebnisse der Krankenkassen. Schon jetzt steht fest: Die SPD-Politikerin wird ein neues Milliardenloch verkünden müssen.

Noch ist unklar, ob die Kassen demnächst ihre Beiträge erhöhen müssen. Dafür spielen zu viele Faktoren eine Rolle. So erhält die Gesetzliche Krankenversicherung in der zweiten Jahreshälfte mehr Geld von den Bürgern, da infolge der Tarifabschlüsse die Löhne gestiegen sind. Dazu fließen Sonderzahlungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld, außerdem können einige Kassen noch Rückflüsse aus dem internen Finanzausgleich erwarten. All das dürfte

Wirtschaft / Finanzen / Soziales, 23.08.2002

die Einnahmen der Krankenkassen erhöhen, und so ist keineswegs ausgemacht, dass die Beiträge weiter steigen werden.

Ulla Schmidt hilft es aber wenig zu sagen: Die Zukunft richtet es schon. Kurz vor der Bundestagswahl wird sie für ein neues Milliardenloch bei den Kassen verantwortlich gemacht werden. Eine schöne Vorlage für den CSU-Sozialexperten Horst Seehofer. Der begnadete Populist wird die vermeintlichen Irrwege von Rot-Grün geißeln, ohne zu sagen, was er besser machen will. Hinter all den Parolen von mehr Eigenverantwortung für den Patienten zeigt sich nur: Die Union hat kein Konzept für eine Gesundheitsreform. Sie will nur den Geldbeutel des Bürgers weiter öffnen, ansonsten baut sie darauf, dass bald Wirtschaftswachstum wie Manna vom Himmel regnet, um die Sozialsysteme zu stabilisieren.

Sicherlich, auch Ulla Schmidt hat keine Blaupause für eine Reform. Nach einem katastrophalen Start versucht sie nun in zähem Ringen mit den Lobbyisten des Gesundheitswesens, das System zu verbessern. Sie legt sich mit ärztlichen Standesorganisationen an, damit chronisch Kranke besser versorgt werden: Die Kliniken sollen effizienter abrechnen und Apotheker Pfründe verlieren, damit mancher Bürger seine Pillen billiger im Internet einkaufen kann. Bei aller Kritik im Detail - dies sind richtige Schritte, nur wirken sie langsam. Für die Bundestagswahl könnte es jedenfalls zu spät sein.

23/8
[Signature]

Gemäß Schreiben

..... BK-Verfügung

vom 04.06.2003

auf VS-Vertr. / VS-Nr. (offen)

herabgestuft Teil-Nr. A.UA-15-09/03 VS-Vertr.

Berlin, den 12.06.2003

Aut. 02-5.9

000009

Referat 312
312 - 231 00 - Ge 006
RD [REDACTED]
GKV.doc

Berlin, den 23. August 2002
Hausruf: 2308
U:\gr31\ref312\0802 [REDACTED] \23 Chef BK Finanzsituation

Büro
Staatssekretär
23. Aug. 2002

Über
Herrn Gruppenleiter 31
Herrn Abteilungsleiter 3

Vollde 23/8

Herrn Chef des Bundeskanzleramtes

[Signature]

Gemäß Schreiben
BK-Az 13-113 00 - UN 43 NA 6
vom: 02.07.2003
auf VS-Vekt. / VS-ND (offen)
herabgestuft Feb.-Nr. JA-15-09103 VS-Vekt.
Berlin, den 02.07.03 *[Signature]* Bl. 10-12

Betr.: Finanzsituation der gesetzlichen Krankenversicherung

Bezug: Anforderung BL Chef BK von heute

I. Sachverhalt

In einer turnusmäßigen, vierteljährlich erfolgenden **Pressekonferenz** wird Bundesministerin Schmidt am 2. September 2002 die Finanzentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung im II. Quartal 2002 darlegen. Hieraus wird sich ein **Gesamtdefizit** der Krankenkassen ergeben, welches für das erste Halbjahr 2002 voraussichtlich sehr **deutlich über 1 Mrd. €** erreichen wird.

Hintergrund: Diese Prognose beruht auf den bereits in der Presse zirkulierenden Zahlen des Verbandes der Angestelltenkrankenkassen und internen Berechnungen des AOK-Bundesverbandes. Die Zahlen des BKK-Bundesverbandes liegen noch nicht vor. Allerdings lassen sich die in der Presse veröffentlichten Defizitzahlen einzelner Krankenkassen nicht hochrechnen, da hier teilweise noch Rückflüsse aus dem Risikostrukturausgleich zu erwarten sind.

Im **Wahlkampf** werden diese Defizitzahlen von Bundesminister a.D. Seehofer mit der Behauptung verbunden werden, dass auf dieser Grundlage im Januar

2003 flächendeckend Beitragserhöhungen in der gesetzlichen Krankenversicherung drohen und der **Durchschnittsbeitragssatz** damit **14 % deutlich überschreiten** wird.

Daran ist richtig, dass ein Kassendefizit in Höhe von deutlich über 1 Mrd. € zu einem **Beitragsanpassungsdruck** in Höhe von **0,1 - 0,2 Beitragsprozentpunkten** führt. Nicht richtig ist es aber, die Defizitentwicklung im 1. Halbjahr eines Kalenderjahres auf das **Gesamtjahr hochzurechnen**, da insoweit eine Vielzahl **gegenläufiger Effekte** einzubeziehen sind; insbesondere

- **Beitragsmehreinnahmen**, die aufgrund von **Urlaub- und Weihnachtsgeld** ausschließlich im 2. Halbjahr entstehen,
- **Kosteneinsparungen**, die im 2. Halbjahr ein größeres Ausmaß als im 1. Halbjahr einnehmen (z. B. die „**aut-idem-Regelung**“ für nicht patentgeschützte Arzneimittel, die ihre volle praktische Wirksamkeit erst im Laufe des Jahres 2002 erreichen wird).

Andererseits wird die Finanzsituation der gesetzlichen Krankenversicherung im 2. Halbjahr 2002 unter verschiedenen Aspekten auch **verschlechtert** werden. Dies gilt etwa für

- eine unerwartet hohe **Arbeitslosigkeit**
- eine weitere **Kostendynamik im Arzneimittelbereich** (zwar hat sich in Folge des Arzneimittelsparpaketes der Erhöhungsdruck abgeschwächt, echte **Einsparungen** sind aber **nicht gelungen**) und
- die Verrechnung bestimmter **Sondereinnahmen** (insbesondere des **Solidarbeitrags der forschenden pharmazeutischen Industrie** in Höhe von 205 Mio. €) ausschließlich im 1. Halbjahr 2002.

Auf Grundlage der oben aufgelisteten Faktoren kann derzeit **keine solide Prognose gewagt** werden, wie hoch am Ende des Jahres 2002 das Kassende-
fizit sein wird. Aus den von Kassenverbänden verbreiteten Erklärungen, denen
zur Folge „derzeit“ keine Beitragserhöhungen absehbar sind, kann wegen die-
ser Prognoseschwierigkeiten ebenfalls keine sichere Erwartung abgeleitet wer-
den. Diese Erklärungen dienen auch dazu, die **Wettbewerbssituation** der je-
weiligen Krankenkassen zu verbessern, indem potenziell wechselwillige Mit-
glieder beruhigt werden.

III. Bewertung

Da ein möglicher Beitragserhöhungsdruck Gegenstand der Wahlkampfausei-
nandersetzung in der Gesundheitspolitik ist, sollte die Bundesregierung die **Er-
wartung von Beitragssatzstabilität zur Grundlage ihrer öffentlichen Erklä-
rungen** machen.

Diese Erwartung kann argumentativ unterfüttert werden mit den besonderen Ef-
fekten, die im Hinblick auf die **Einmalzahlungen** (Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld) in jedem Jahr die **Finanzsituation des 2. Halbjahres günstiger** ausfallen lassen.

Nicht ausgeschlossen werden kann demgegenüber die individuelle Notwendig-
keit von **Beitragserhöhungen bei einzelnen Kassen**; hier kann die Verantwor-
tung aber dem jeweiligen Management der Krankenkasse zugewiesen werden.



()